

Die Halle vertritt alle bei preussischer Postverwaltung 250 M., durch die Post 25 M., ersichtl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Landeszeitung

werden die 60000000 Reichsmark oder deren Raum mit 80 Pf., jedoch aus Halle mit 20 Pf. bezogen und in weiteren Reichsämtern und allen Kaiserlichen Postämtern angenommen.

Nr. 148.

Halle a. S., Donnerstag, den 28. März.

1912.

Mb. Preussischer Landtag.

Herrnhans.

6. Sitzung, Mittwoch, 27. März, 11 Uhr. Am Ministertische: Dr. Sengs, v. Dellwig. Präsident v. Webel eröffnet die Sitzung und begrüßt den in Haus eingetretenen Oberpräsidenten und Staatsminister a. D. Frhr. v. Rheinbaben.

Ich bitte Sie, der Regierung auf dem Wege dieser Vorlage zu folgen. (Beifall.)

Graf Grote: Die Sparkassen mühten sich vor Kurstufen und Konvertierungen gekümmert, deren traurige Folgen der Finanzminister selbst hat, als er noch Oberbürgermeister von Magdeburg war. (Heiterkeit.)

Finanzminister Dr. Lohse: Neben der Liquidität der Sparkassen kommt vor allem das Interesse des Staates in Betracht, das man sich nicht erlauben darf, zu vernachlässigen.

Prof. Dr. v. Wolff Wagner-Berlin: Mit dem Zweck des Abzugs bin ich einverstanden, aber mit den vorgeschlagenen Mitteln wird man ihn nicht erreichen. Am besten ist die Staatsanleihe.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Begründet die Vorlage, die ich schon vor 6 Jahren das Haus beschickt habe. Damals habe ich das Herrnhans dafür erklärt, daß die Sparkassen zu einem Mindestbestand von Staats- und Reichspapieren verpflichtet werden.

Mußt mich oft nicht schon empfinden, weil sie meist mit Geruch verbunden. (Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, daß überhaupt Müll gesammelt wird, sondern daß gute Müll gemacht wird.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Abg. Dr. Fackelde (Wp.): Für die Kunst haben wir immer noch eine zu kurze Zahl. Die Kunst ist zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Arning (Natl.): Notwendig ist die gesetzliche Regelung der Ausgaben für die gesamte Monarchie. Ein Gesetz für einzelne Provinzen kann nicht genügen.

Vertical text on the left margin, likely a page number or index reference.

Vertical text on the right margin, likely a page number or index reference.

Deutsches Reich.

Die Stellung des Herrn von Ribbentrop-Wächter.

Die Krisengerichte, die augenblicklich die Luft durchwimmern, verraten, so schreibt man der „N. G.“ von ansehnlich sehr gut unterrichteter Seite, eine starke Nervosität, die als Folge der zahlreichen Übertragungen der letzten Zeit, des ungenügend fixierten Ministervertrages usw. durchaus erklärlich ist. Das Gefühl, daß es bald „weiter kriege“ werde ist vielleicht nicht ganz unberechtigt. Aber man ist auf ganz falscher Fährte, wenn man davon einen von Ribbentrop-Wächter für den Besten hält. Dieser genießt das völlige Vertrauen des Monarchen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist ja nicht gerade das, was man unter einem „glatten Hofmann“ versteht, und seine Sprache mag nicht immer gefallen. Starke Naturen, wie die seinige, pflegen nicht die bequemsten zu sein, aber man achtet sie und sie flößen Vertrauen ein. Der Kaiser schätzt den Staatssekretär aufrichtig. Das weiß jedermann bei Hofe. Gerade in letzter Zeit hat der Monarch bei Herrn von Ribbentrop-Wächter Rücksprache gehalten. Das ist in der fastischen Umgebung nicht bemerkt worden. Und dort versteht man es, solche Zeichen zu deuten.

In der italienischen Presse ist aus Anlaß der Begegnung des Deutschen Kaisers mit dem König von Italien davon die Rede gewesen, daß die deutsche Diplomatie vielleicht bereits durch eine Art „Krieg“ in Italien gewonnen hat. Es kann dem italienischen Konflikt einzugehen. Es kann dem deutschen (zur Vermeidung allseitiger Extratouren in Rom) nicht leicht genug betont werden, daß die Politik immer vorantwärts Staatsmann nach wie vor in freier Neutralität besteht. Genau so energisch wie Staatssekretär von Ribbentrop, in dem Reichstage die italienische Regierung gegen die albanischen Schatzmachereien eines Abgeordneten in Schutz nahm, genau so objektiv verhält sich aber auch die deutsche Politik — angelehnt an die deutsche Politik — bei etwaigen italienisch-italienischen Verhandlungen zu engagieren. Die Mussolinianer italienischer Mächte, die mit einer Einmischung Deutschlands rechnen, sind, wie der „Saale-Zeitung“ aus Berliner diplomatischen Kreisen mitgeteilt wird, „Musikanten der Südländer, weiter nichts!“

Abkündigung der mündlichen Weisprüfung.

Ein Schulmann schreibt der „N. G.“:

Die Weisprüfungen an den humanistischen Gymnasien sind nun größten Teil jetzt wieder beendet worden; sie werden überall mehr oder weniger erfolgreich ausgeführt haben. Nach den durch die Presse erfolgten Mitteilungen ist durchweg der größte Teil der Abiturienten von der mündlichen Prüfung befreit worden.

Es drängt sich nun die Frage auf, ist überhaupt noch die mündliche Weisprüfung nötig oder kann nicht schon auf Grund des Ausfalls der schriftlichen Prüfungsarbeiten die Entscheidung getroffen werden? Man hat ja wohl auch den Wegfall der schriftlichen Prüfung verlangt, aber das würde nicht richtig sein. Gewiß werden alle Prüfungskommissionen, wie auch in den Verlesungskonferenzen, gewissenhaft nach genauerer Prüfung aller Verhältnisse der Schüler, ihr Urteil über die Reife oder Unreife auch ohne die schriftliche Prüfung abgeben, aber es liegt doch in ihr ein überaus ersperrliches Moment, das dem Schüler vorbereitet zu der Lösung schwieriger Aufgaben, seines späteren Lebensberufes und ihm ein Verständnis für die Verantwortung seines Arbeitens beibringt. Die schriftliche Prüfung gestattet auch durch ihre auf bemessene Zeitdauer, einem weniger redegewandten und schlagfertigen Schüler in ruhiger Überlegung genügende oder gute Leistungen aufzuweisen. Der Ausfall der mündlichen Prüfung hängt sehr oft von Zufälligkeiten ab. Wenigliche Schüler vermögen sich häufig gar nicht zu fassen und versagen, während sie in der Klasse in der gewohnten Umgebung und auch bei der schriftlichen Klassenarbeit noch gut abzukommen vermögen. Es kommt aber noch ein anderer bedeutsamer Umstand dazu, den Wegfall der mündlichen Weisprüfung zu fordern. Die meisten der Prüflinge sind, abgesehen von den oben erwähnten, durch einen Hinterbänkler in den schriftlichen Arbeiten zur mündlichen Prüfung zugewandenen Schülern, oft solche Stümper, die die Prüfung für sie und die Prüflenden geradezu eine Qual wird. Früher wurde die Befreiung von der mündlichen Prüfung als Auszeichnung nur wenigen zuteil, es kamen aber auch solche zu ihr, die mit ihren Kenntnissen und ihrem Verständnis sich wohl sehen lassen konnten, aber die Befreiung erlangen, wenn die Klassenarbeiten ein zweifelhafte Resultat ergaben und alle schriftlichen Arbeiten mindestens genügend ausfielen. Es häßte aber nur vornehm ein gewisser Mangel an den noch mündlich zu Prüflenden, unter dessen Einfluß auch die letzten, die sie schon gelagt, wegen einer nicht völlig genügenden schriftlichen Arbeit, von der sie ja nichts wissen, noch mündlich geprüft werden müßten.

Wogu denn noch bei der Weisprüfung die Überlegung aus dem Deutschen ins Lateinische? Das Gymnasium soll doch nicht nur zum Studium der Philologie vorbereiten. Legt man Gewicht auf eine Prüfung in den neueren Sprachen, so kann ja auch wieder eine Überlegung aus ihnen in das Deutsche ebenso wie bei den alten Sprachen die Reife erwiesen. Genügt der Ausfall des deutschen Aufsatzes, um ohne mündliche Prüfung klar gemordet zu sein über den Prüfling, so sollte auch die schriftliche Prüfung in den anderen Fächern dieselbe Wirkung haben. Also fort mit der unnötigen mündlichen Weisprüfung, die den letzten Prüfungsbestimmungen immer mehr an Bedeutung verliert, die außerdem noch so sehr anmaßend eine Proletariat der lindernden Jugend verleiht. Schärfer, selbstverständlicher geordnetes Urteil bei Feststellung der Klassenstufen vor der Weisprüfung, angemessene, nicht zu leichte schriftliche Prüfungsaufgaben werden dem wirklich fleißigen und begabten, wenn vielleicht auch langsame und bedächtigen Schüler die beste Gelegenheit geben, zu beweisen, ob er die höheren Laufbahnen in der künftigen Gesellschaft einschlagen kann.

Der anhaltische Staatsminister und die Wehrvorlage.

Halbamtlich wird geschrieben: Berliner Tagesblätter brachten die Nachricht, daß der Herzogliche Staatsminister Laue im anhaltischen Landtage gelangt haben solle, er halte die Wehrvorlagen nicht für ausreichend für die Sicherheit des Reichs. Diese Nachricht ist völlig unzutreffend. Vielmehr hatte die Erklärung des Staatsministers den Zweck, der demokratischen Bewegung gegen militärische Maßnahmen entgegenzutreten und darauf hinzuweisen, daß die Wehrvorlagen keineswegs als zu weitgehend angesehen werden könnten. Er hat aber ausdrücklich hinzugefügt, daß in dieser Frage das sachliche Urteil der maßgebenden amtlichen Stellen im Reich und in Preußen entscheidend sein müsse.

Der Kronprinz in der westpreussischen Landwirtschaftskammer.

Am 27. März, 27. März. Die Landwirtschaftskammer hielt gestern ihre Frühjahrssitzung ab, an der sich ebenfalls ein Festmahl zu 180 Gedecken im Hotel „Danziger Hof“ angeschlossen, zu dem auch der Kronprinz erschien. Er wurde von den beiden Vorsitzenden Kammerherren von Oldenburg-Zanuschau und Landwirtschaftsdirektor Meyer aus Rostkumborsdorf und dem Generalsekretär der Kammer, Landesökonomierat Steinmeyer (Danzig) empfangen. Der Kronprinz sah bei der Tafel zwischen den beiden Vorsitzenden, ihm gegenüber der greise Alterspräsident der Kammer, der 87 Jahre alte Rittergutsbesitzer Seine (Marfan) zwischen dem kommandierenden General und dem Oberpräsidenten.

Gegen Schluß des Essens brachte der Kammerherr von Oldenburg-Zanuschau das Kaiserhoch aus und führte dann in einer längeren Rede aus, daß, als der Kaiser den Kronprinzen an die Spitze des 1. Leibschützenregiments gestellt habe, man in Westpreußen mit Stolz und Sorge erfüllt gewesen sei. Mit Stolz über das Kommando des Kronprinzen, mit Sorge, ob es dem Kronprinzen auch in den so schwierigen westpreussischen Verhältnissen gelingen würde. Westpreußen liege nicht nur die jüngste, sondern auch die ärmste Provinz, doppelt schwierig durch seine unglückliche geographische Lage, mit einer gestrichelten Bevölkerung von Deutschen und Polen, und überhaupt mit vielen komplizierten Verhältnissen in jeder Hinsicht. In ihrer Auffassung und ihren Zielen, aber sei Westpreußen die gelobte Erde gewesen, von allen, die durch ihre Arbeit für jeden Morgen. Westpreußen sei Westpreußen in finanzieller und religiöser Hinsicht. Wir wissen, was wir den Hohenzollern zu danken haben, und wünschen dem Kronprinzen eine langere Zeit Zufahrt. Werde er aber einmal von Schiffstürmen bedrückt, dann möge er an seine großen Ahnen, besonders an Friedrich den Großen, sich erinnern, und Gott möge ihm dann auch ein tapferes, treues und gehorames Volk geben.

Mit einem Kaiserhoch schloß die Versammlung und sang lebend die Nationalhymne. Der Kronprinz verabschiedete sich kurz nach 10 Uhr nach zweistündigem Aufenthalt in der Festversammlung.

patriotischen Bevölkerung der Provinz mit der Bitte dargebracht werden soll, es in der Provinz Polen zu stationieren.

Breslau, 27. März. Dem Scheidenden Oberbürgermeister Dr. Bender ist in der gestrigen Gemeindefürsorge der Stadtvorordneten einstimmig das Ehrenbürgerrecht verliehen worden.

Kleine vermischte Nachrichten.

Neue Telegraphenanstalten. In Kooz, Sibirien und Alaska in Deutsch-Sibirien ist eine neue Telegraphenanstalt für den internationalen Verkehr eröffnet worden. Die Wortart für Telegramme nach den genannten drei Orten ist dieselbe wie nach Wien. Sie beträgt gegenwärtig 2 Mk. 75 Pf.

Ausland.

Im österreichischen Abgeordnetenhause

ist wieder eine kritische Situation eingetreten. Die Arbeiter haben beschlossen, bei der ersten Lesung der Vorlage über den Bau der Wasserstraßen zu protestieren. An dem Bau der galizischen Kanäle sind die Polen sehr interessiert, denn in der Vorlage sollen die Mittel zur Vollendung des bereits im Bau befindlichen galizischen Kanals gestrichelt werden. Die Ruthenen haben kein unmittelbares Interesse an diesem Kanal, der ja durch Westgalizien geführt wird. Sie befürchten aber die Folgekosten, den Druck auf die Polen wegen der zünftigen ihnen und den Polen schwebenden Ausgleichsverhandlungen auszuüben. An der letzten Sitzung nun haben die Ruthenen bereits mit der Obstruktion eingeleitet. Der Abgeordnete Staruch hielt eine mehrstündige Rede, in der er erklärte, daß die Obstruktion hauptsächlich eine Antwort der Ruthenen auf die Beschlüsse des politischen Kartells in Lemberg sein solle. Auf Erklärungen der Sozialdemokratie wurde dann das auf der Tagesordnung stehende Bergarbeitergeleit aus der Diskussion ausgeschlossen. Dagegen erklärten die Ruthenen, daß sie die parlamentarische Methode, welche sie in der letzten Session des galizischen Landtages benutzt haben, elektrische Signalapparate, ähnliche Gongs und ähnliche Apparate morgen bereits bei der ersten Lesung des Gesetzes über die Unfallversicherung beim Baugewerbe benutzen werden, so daß der nächste Punkt der Tagesordnung, die Wasserstraßenvorlage nicht mehr an die Reihe kommen wird.

Der Zusammenbruch der Verhandlungen zur

Beilegung des Schlenkreises

rief in den Verhandlungen des englischen Parlaments eine starke Erregung hervor. Die meisten Abgeordneten betrachteten die Lage trotz der Annahme der Mindestlohnbill in dritter Lesung als außerordentlich ernst. Die Verhandlungen scheiterten an dem unbeeideten Widerstand der Arbeiterführer. Als der Premierminister Asquith das Beschließen der Verhandlungen im Parlament verabschiedete, standen ihm die Tränen in den Augen. Die Szene war außerordentlich eindrucksvoll, und das Haus war sichtlich gerührt. Der loist löste, erste Premierminister, dem kaum je eine innere Erregung anmerken ließ, sprach mit zitternder Stimme, die oft versagte, und mehr als einmal mußte er sich ganz offen die Tränen aus den Augen wischen. Am Ende jedoch wurde ihm gedämpfte Befehlsrufe zuteil, wodurch ebenfalls in deutlicher Weise die gedrückte Stimmung der Unterhausmitglieder gekennzeichnet wurde. Die Opposition veränderte durch ihren Rücktritt die Lage, daß sie zugunsten der Bill stimmen würde. In Wirklichkeit haben sich die konservativen Dienstang der Abstimmung enthalten. Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie der Bill ihre Zustimmung verweigern würden, und stimmten tatsächlich gegen das Gesetz.

Die Annahme der Mindestlohnbill in dritter Lesung erfolgte Mittwoch früh um 3 Uhr mit 219 gegen 48 Stimmen. Die Arbeiterpartei hat gegen das Gesetz gestimmt.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 28. März

Bauverein für Kleinwohnungen G. G. m. b. H. zu Halle a. S.

Im großen Saal des „Wintergartens“ fand Dienstagabend die von über 400 Mitgliedern besuchte Generalversammlung statt, die von Herrn Vorsteher G. W. C. geleitet wurde. Aus dem von Herrn Vorsteher G. W. C. erzielten Geschäftsbericht für 1911 ist folgendes mitzuteilen: Die Zahl der Mitglieder stieg von 794 auf 1083, diese haben einen Gesamtanteil von je 300 Mk. gezahlt. Die Gesamtsumme beträgt 324.900 Mk. Unter den Mitgliedern befinden sich u. a. 388 Arbeiter und 223 Unterbeamte der Staatsverwaltung, 243 Unterbeamte der Reichsverwaltung und 111 Unterbeamte und Arbeiter der Kommunalverwaltung. Die Tätigkeit des Vorstandes und des Aufsichtsrates ist eine sehr rege gewesen, der Erfolg ist nicht gescheitert. Somit haben sich die Vertrauensmänner und Mitbeteiligten zufriedengestellt, diese Eintracht hat für eine gedeihliche Entwicklung des Unternehmens bei Gutes. Mit dem Bau der schon und praktisch eingerichteten Wohnhäuser in der Potsdamstraße (Eisen) und der Horststraße (Nord) wurde im April 1911 begonnen. Michaels konnten die 92 bzw. 56 Wohnungen bereits bezogen werden. Die dies erreicht wurde, ist den beteiligten Staats- und Stadtvorwaltungen zu danken. Sämtliche Wohnungen sind mit Bodenheizung und Gasleitung versehen. In der Potsdamstraße erhielten die Parterrewohnungen einen Vorgarten gegen eine mäßige Entschädigung, in der Horststraße 20 Wohnungen je einen kleinen Wirtschaftsgarten. Besonders Vergütung für Wasser, Feuerleuchtung und Wasserversorgung wird nicht erhoben. Die Mieten bewegen sich zwischen 220 (für drei) und 310 Mark (für vier Schlafzimmer), für gewisse Verhältnisse also sehr mäßig. Der Verein gehört u. a. dem Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften in Berlin als Mitglied an. Vom Vorstand wurden gleiche Wohnungseinrichtungen in Eisen, Kösel, Berlin, Leipzig beauftragt, um Vorbildes hier mit verwenden zu können. Der Verein gibt auch Schulvereinsarbeiten aus, die teils unentgeltlich sind und innerhalb 20 Jahren ausgelöst werden, teils gegen monatliche Kündigungsfrist haben. Erstere werden mit 4% Zinsen und letztere mit 4 Proz. verzinst.

Siezu bemerkt der Vorstand noch folgendes: „Stellt man sich einen Vergleich zwischen dem Bauverein für Kleinwohnungen hier und der Gartenbau-Gesellschaft in Schöppan an, so wird man sehen, daß hier die Verhältnisse günstiger liegen. Hier leben die



Man bestelle sofort!

Post-Abonnements

auf die zweimal täglich erscheinende

Haale-Zeitung

(46. Jahrgang)

älteste liberale Zeitung der Provinz Sachsen, nehmen alle Briefträger und Postanstalten entgegen.



Parlamentarisches.

Das Interpellationsrecht des Reichstages.

Die verstärkte Geschäftsordnungskommission des Reichstages erging in ihrer getrigen Sitzung ihre früheren Beschlüsse über die Interpellationen. Zum Teil handelt es sich dabei um eine bessere redaktionelle Fassung. So ergibt die einleitende Bestimmung des § 82 folgenden Wortlaut:

„Interpellationen an den Reichstagskanzler müssen bestimmt gefordert und mindestens 30 Mitglieder unterzeichnet eingereicht werden.“

Wesentlich ist die Annahme eines Antrags Gröber, der in einem neuen § 82a folgende Bestimmung trifft:

„Abenden Interpellationen in 10 großer Zahl eingereicht, daß die ordnungsgemäße Erledigung der Geschäfte des Reichstages verhindert wird, so kann der Reichstag bis zur Beilegung dieses Hindernisses die Verhandlungen über Interpellationen auf einen bestimmten wöchentlichen Sitzungstag beschränken. Auch in diesem Falle kann der Reichstag die Verhandlung über einzelne Interpellationen durch Beschluß an einem anderen Sitzungstage zulassen.“

Die Bestimmung über die Stellung von Anträgen bei Interpellationen ergibt durch Annahme eines Antrages der Linken folgende Fassung:

„Bei der Besprechung einer Interpellation können Anträge gestellt werden, die die Feststellung verlangen, daß die Verhandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichstagskanzler der Ausübung des Reichstages entspricht oder nicht entspricht. Die Abstimmung über diese Anträge muß verweigert werden, wenn dies von mindestens 30 anwesenden Mitgliedern verlangt wird; sie erfolgt alsdann am nächsten Sitzungstage.“

Durch diese Fassung ist der Ausdruck Billigung oder Nichtbilligung des Verfahrens des Reichstagskanzlers aus dieser Bestimmung der Geschäftsordnung herausgehoben. Ein Antrag, daß die Abstimmung in jedem Falle notwendig sein müsse, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Mehrheit ging davon aus, daß so namentliche Abstimmung nach der bestehenden Geschäftsordnung jederzeit durch entsprechende Unterlegung erzwungen werden könne. Die „kurzen Anfragen“ wurden noch einmal verhandelt und wesentlich im Sinne der Beschlässe erster Lesung angenommen. Eine Redaktionskommission soll sich mit einer endgültigen Fassung beschäftigen.

Damit hat die verstärkte Geschäftsordnungskommission die ihr überwiesenen Geschäftsordnungsanträge erledigt.

Hofen, 28. März. Das „Völkerei Tagesblatt“ erhält einen Aufruf zu einer nationalen Spende für ein Militärflugzeug „Polen“, das dem Kaiser als ein Geschenk der

Letzte Nachrichten.

Ministerkrise in England?

London, 27. März. Es steht nun außer Zweifel, daß im Schoße des Kabinetts ernste Meinungsverschiedenheiten wegen des Arbeiterausstandes herrschen.

Herr v. Krüßers Reichstagsmandat.

A. Stenda, 27. März. (Briost-Telegramm.) Herr von Krüßer soll dem „Allgemeinen“ zufolge erklärt haben, daß seine Wahl für ungültig erklärt wird, nicht mehr für den Reichstag zu kandidieren.

Christlich-soziale Strafenkumulte.

Wien, 27. März. Nach einer im Rathaus abgehaltenen christlich-sozialen Wählerversammlung kam es zwischen den Teilnehmern und der Sicherheitswache zu einem Zusammenstoß.

Anarchie im Samos.

Konstantinopel, 27. März. Auf der Insel Samos ist seit der Ermordung des Fürsten Kappas Anarchie ausgebrochen. Eine amöbliche Bande überfiel das Jolkhus und zwang die Beamten zum Öffnen der Kasse.

Vermischte Drahtnachrichten.

Gratz, 27. März. Von hier ist eine Rettungsexpedition abgegangen, um nach dem Verbleib von fünf Wieneren zu forschen.

Brag, 27. März. In einem in Abbruch sich befindlichen Hause kürzte heute vormittag ein Dache des zweiten Stockwerkes ein und stürzte in die Tiefe.

Badnapp, 27. März. Die Aufgabe des Grafen K. u. w. ist gelöst. Er reist morgen nach Wien, um den ihm erteilten Auftrag in die Hände des Kaisers zurückzugeben.

Paris, 27. März. Dem „Kempfer Herald“ wird aus Hongkong gemeldet: Die englische Militärbesatzung bestreift die Lage in Kanton günstiger.

London, 27. März. Heute morgen wurde der Versuch gemacht, einen Zug der Great-Western-Eisenbahngesellschaft zur Entgleisung zu bringen.

Langer, 27. März. Nach offiziellen Berichten aus Marasch sind dort ernstliche Unruhen ausgebrochen.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Die nächste Zeitschau, Mittwoch, 27. März, 8 Uhr morg.

Lufdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Während das zentrale Hoch etwas verflachte, drang das nordwestliche Tief unter Verstärkung nach dem Nordmeer vor.

Witterungsaussicht für den 28. März:

Teilweise bewölkt, etwas kühl, meist trocken, schwache Westwind.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

- 29. März: Stark mit Sonnenhitze, wärmer, heiter.
30. März: Bewölkt, teils heiter, kühl, windig.
31. März: Stark bewölkt, kühl, windig.

Witterung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den Provinzialnachrichten, Gericht, Handel, Eisen, Kunst, Industrie, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger.

nach Oberbrünnlingen, von mo aus der Täter aufsteigend mit dem Zuge 3.34 Uhr in der Richtung nach Halle zu gefahren ist.

Erschöpfung der Fleischpreise.

Freysburg, 26. März. Die hiesige Fleischpreiserhöhung wird bekannt, daß infolge der noch immer steigenden Preise für Rindfleisch aus dem Ausland die Preise für Kalb- und Schweinefleisch auf 1 Mark erhöht wird.

quival nagel als glühender Strahl.

Aus Chemnitz wird dem „N. N.“ geschrieben: Auf der Gasse, der „naturgemäß und wanderbedürftig“ wird täglich nicht allein sehr häufig durch Erdbeben plügend und seinem Helm ein Anekdote eine neue Ausstattung geben.

Aufsehen, 27. März. (Selbstmord auf den Schienen.) Gestern nachmittag gegen 5 1/2 Uhr warf sich ein 17jähriger junger Mann etwa 800 Meter vor dem hiesigen Bahnhof vor den von Halle kommenden Personenzug.

Röhren, 27. März. (Ein dummer Streich.) Eine Gelübde, die an den Streich des Schöpfers Botigt in Köpenick erinnert, hat sich am Samstag in Röhren ereignet.

Geisla, 25. März. (Eine Baugruube des Inselferges.) Das Ministerium hat für die Thüringischen Eisenbahnen- und Betriebsgesellschaft Rübbe & Kohl in Eisenach die Genehmigung zur Vornahme von Arbeiten für die Herstellung der projektierten normalspurigen Eisenbahnlinie vom Rühl über Schermbach nach Winterfeld erteilt.

Leipzig, 26. März. (Reiseprüfung.) Am 22. und 23. März fand an der Privatrealchule von D. A. Lotter zu Leipzig die diesjährige Dierreifeprüfung statt.

Vermischtes.

Die Nachforschungen nach den Automobilverbrechen.

Ind, wie aus Paris gemeldet wird, bisher ergebnislos verlaufen, wenigstens insoweit, als man selbst über den möglichen Aufenthaltsort der Verbrecher nicht erheben konnte.

Paris, 27. März. Von allen Gerüchten, die im Laufe des heutigen Tages aus dem Norden und Südwesten Frankreichs über die Festnahme oder den Selbstmord des Automobilräubers Garnier eintrugen, hat sich bisher keines bestätigt.

Anruhe in einer amerikanischen Stadt.

Wie aus Rockland (Maine) gemeldet wird, griff dort eine aus Geopern bestehende Bürgermeisters bestehende Volksmenge das Hauptquartier der Polizei mit Steinen an.

Eine ungehörige Beleidigung. Eine hübsche Geschichte von dem vor vier oder fünf Jahrzehnten in Paris berühmten Duellisten Darnis erzählt der „Gaulois“: Darnis Lebensinigkeit war ein Suchen nach Anlässen zu einem Duell.

Sport-Nachrichten.

Beim Berliner Sechstagrennen in Sportplatz wurden Mittwoch bei 2 Uhr nachmittags 3375,50 Kilometer zurückgelegt. Der Stand der Wärmehäfen ist unverändert.

kleiner Wohnungen 225 Mk., dort 270 bzw. 290 Mk. Dort wohnen auch mehrere Mieter in einem Hause.

In der Wilna, die in Altku und Bistwa gleich mit 688 727,76 Mk., haben die 12 Häuser in der Potsdamerstraße mit 448 465,55 Mk., die 8 Häuser in der Forststraße mit 244 079,71 Mk. zu kaufen.

„Die achts Helena“.

Dienabends klassisches Werk aus der klassischen Operettenzeit, geht bekanntlich morgen, Freitag, erstmalig in vollständiger Neuaufführung im hiesigen Stadttheater in Szene.

Nach all den groß angelegten Vorbereitungen ist es zu erwarten, daß die treuen und lieben Erinnerungen, die an Offenbachs „Schöner Helena“ hängen, im Zeichen der Reinhardt-Regie bei der Freitag-Premiere neu erblühen werden.

Volksstämmischer Auszug. Das die Entomologische Gesellschaft mit ihrer gemeinnützigen Veranstaltung den Wünschen vieler entgegenkommen ist, bewies der starke Besuch des ersten Kursabends.

Die Naturforschende Gesellschaft zu Halle, die am 3. Juli 1879 gegründet wurde, gibt nun jetzt ab „Mitteilungen“ heraus, deren erster Band schon erschienen ist.

In der Angelegenheit der Zuckerfabrikation Halle gegen die Zuckerfabrik Dessau auf Kostbarkeiten des Schiedspräsidenten des Magdeburger Landrats hat das Landgericht Halle die Entscheidung für unzuständig erklärt.

Im geführten ersten Fiehungstag der Augustafeld-Gesellschaft, deren Hof auch in Halle statt gehalten wurden, fiel der Hauptgewinn von 50 000 Mark auf die Nr. 61 723.

Provinzialnachrichten.

Zum Raubmord an der Witwe Schumann. Steppen, 26. März. Der Mörder ist ein Verwandter der Frau Schumann, mit Namen Emil Rebenalt, gehörig aus Oberhann.

Im geführten ersten Fiehungstag der Augustafeld-Gesellschaft, deren Hof auch in Halle statt gehalten wurden, fiel der Hauptgewinn von 50 000 Mark auf die Nr. 61 723.

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Pfandbriefe', 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Schiffahrts-Aktien'.